

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/11

Bonn, den 19. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Unsinn mit Methode</u> Die merkwürdigen "Televisionen" der CSU und ihre taktischen Hintergründe Von Lothar Schwartz, Stellvertretender Vorstandssprecher der SPD	70
2 - 3	<u>Zäh und zielstrebig</u> Zum 60. Geburtstag von Dr. Lauritz Lauritzen Von Karl Ravens, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes- ministerium für Städtebau und Wohnungswesen	61
4	<u>Führungskrise der CDU in NRW ist schon chronisch</u> Kommt jetzt Professor Mikat?	46
5 - 6	<u>Ungelöste Wohlfahrtsprobleme in Amerika</u> Arme werden ärmer - Reiche werden reicher Von Paul Neumüller, New York	66

Unsinn mit Methode

Die merkwürdigen "Televisionen" der CSU und ihre
taktischen Hintergründe

Von Lothar Schwartz

Stellvertretender Vorstandssprecher der SPD

Zur Zeit finden in München "Rundfunkpolitische Spiele" statt. Veranstalter sind die CSU und der "Bayern-Kurier". Damit ist ein Höchstmaß an Unfairness garantiert. Sie ist offensichtlich mit einem blamablen Mangel an Sachkenntnis gepaart. Nur aus dieser Kombination lassen sich die CSU-Vorstellungen von einem Austritt des Bayerischen Rundfunks aus der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" (ARD), nach einem völlig eigenständigen Fernsehprogramm für Bayern oder nach ständig wechselnder Zuständigkeit der ARD-Anstalten für Redaktion und Produktion der "Tagesschau" erklären. Solche Forderungen verraten Unkenntnis der finanziellen Basis des Bayerischen Rundfunks wie auch der personellen und programmtechnischen Voraussetzungen in der TV-Branche. Ihre Urheber bzw. Verkünder Richard Stücklen und Dr. Max Schulze-Vorberg (CSU-MdB) - von Marcel Hepp gar nicht zu reden - scheuen offenbar weder Lächerlichkeit noch Verwirrung im eigenen Lager, um die bei der Union längst zum Komplex gewordenen Aversionen gegen einen bestimmten Kreis von Moderatoren, Kommentatoren und neuerdings sogar gegenüber der "Tagesschau"-Redaktion des ARD-Fernsehens in extreme Aktionen umzusetzen.

Daß der von der CSU-Landesgruppe verzapfte und verkündete Unsinn in Sachen Fernsehen aber doch Methode hat, läßt sich in Erläuterungen des CSU-Vorsitzenden Strauß zu der auch in der bayrischen Öffentlichkeit schlecht angekommenen "Konzeption" aus dem Munde Stücklens nach- und ablesen. F. J. Strauß schrieb am 14. 1. 1970 in der "CSU-Correspondenz": "Dr. Schulze-Vorberg sprach sich dafür aus, daß neben dem ZDF als Bundesprogramm das Erste Deutsche Fernsehen in erster Linie ein regionales Programm werden sollte. Dr. Fritz Zimmermann (CSU-MdB und stellvertr. Vorsitzender des ZDF-Fernsehrates) hat als Ergebnis seiner Überlegungen vorgeschlagen: Keine weiteren öffentlich-rechtlichen Programme im Deutschen Fernsehen, sondern die Schaffung zusätzlicher tech-

nischer Möglichkeiten, d.h. weitere Kanäle Gesellschaften zur Verfügung stellen, die Programme aus eigenen Mitteln finanzieren."

Interessant an diesem fernsehpolitischen "Aktionsprogramm" der CSU ist vor allem die angestrebte Neuverteilung der Rollen für die beiden Fernsehnetze: Das Zweite Deutsche Fernsehen soll für die Bundesrepublik zuständig sein, das Gemeinschaftsprogramm der ARD "entflochten" und in den Schwerpunkten seiner Informations- und Meinungssendungen auf die Landespolitik abgedrängt werden.

Diese "Television" kommt nicht von ungefähr. Bei der keineswegs schwierigen Motivforschung ist im politischen Programmbereich des Zweiten Deutschen Fernsehens anzusetzen. Bei allem Respekt vor der Meinungsfreiheit von Journalisten, der bei Sozialdemokraten Tradition und Institution ist, muß nämlich spätestens seit dem 29. September 1969 eine zunehmende Unausgewogenheit in Berichterstattung und Kommentierung zu Lasten der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien FDP und SPD konstatiert werden. Dies ist nicht nur die Beobachtung von "Profis" der Politik, sondern ebenso der in vielen Zuschriften und spontanen Telefonanrufen übermittelte Eindruck von "Normalzuschauern". Nicht gerade wenige Zeitungskommentare haben diese Töne und Tendenzen aus dem Mainzer Kanal ebenfalls registriert. Diese Stimmen wurden allerdings bisher von der Intendanz und auch von der Mehrheit des zuständigen Fernsehratsausschusses für Politik und Zeitgeschehen mit erstaunlicher Großzügigkeit ignoriert oder nicht ernst genug genommen. Wir haben deshalb Anl. 3, den Intendanten und die übrigen Organe der Anstalt auf die in den Programmrichtlinien für das Zweite Deutsche Fernsehen verbindlich geforderte Ausgewogenheit in den Sendungen hinzuweisen.

In diesem Zusammenhang ist die konkrete, wenn auch keineswegs einzige Frage aufzuwerfen, wie die im ARD-Fernsehen durch vier verschiedene Magazin-Redaktionen mit politisch unterschiedlich engagierten Moderatoren bzw. Leitern gegebene Balance in Kritik und Meinung in Zukunft auch beim "ZDF-Magazin" gesichert werden kann. Dafür bietet sich ein ständiger Turnus von zwei oder drei Moderatoren an, denen natürlich auch die redaktionellen Vorentscheidungen für die jeweilige Sendung zustehen müßte.

Zäh und zielstrebig

Zum 60. Geburtstag von Dr. Lauritz Lauritzen

Von Karl Ravens, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Städtebau und Wohnungswesen

Dr. Lauritz Lauritzen, der "nördlichste" Bundesminister, dessen Name nicht nur auf die schleswig-holsteinische Heimat, sondern auch auf den dänischen Großvater deutet, wird am 20. Januar 60 Jahre alt. Der gebürtige Kieler, vor 1933 Vorsitzender der sozialistischen Studenten an der Universität seiner Heimatstadt, kam zuerst in den Blickwinkel der Öffentlichkeit, als er nach dem Zusammenbruch mit Theodor Steitzner aus Berlin in die Heimat zurückkehrte. Mit 36 Jahren war Lauritzen als Landesdirektor leitender Beamter im Kieler Innenministerium und damit federführend für die gesetzlichen Grundlagen des Neuaufbaus: Landessatzung Kreis-, Gemeinde- und Ämterordnung und die Wahlgesetze des Landes wurden entscheidend von ihm konzipiert.

1950 von der CDU-Regierung in den Wartestand versetzt, trat Lauritzen zunächst in den Dienst von Niedersachsen. 1954 wurde er zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt. Lauritzen erwies sich dort als hervorragender Kommunalpolitiker, ließ beim Neuaufbau Kassel zum Muster einer modernen und großzügigen Stadtanlage werden, rationalisierte die Verwaltung und machte seine Stadt weitbekannt, als er mit der "documenta" zum ersten Mal in Deutschland einen Überblick über die zeitgenössische bildende Kunst ermöglichte.

Als hessischer Minister der Justiz und für Bundesangelegenheiten, - ab 1963 - erwies sich Lauritz Lauritzen als überzeugter Anhänger eines kooperativen Föderalismus. Als der hessische Landesminister 1966 in die Bundesregierung berufen wurde, zeigte er sich als zäher und zielstrebig Pragmatiker. Als er seine politischen Ziele am 18. Dezember der Öffentlichkeit mitteilte, handelte er sich damit einen "blauen Brief" des damaligen Kanzlers ein, dem Lauritzens Forderungen zu weit gingen. Dennoch verwirklichte er sie Schritt für Schritt: die drohende zu frühzeitige Aufgabe der Wohnungsbewirtschaftung konnte Lauritzen

wenigstens in den Ballungsgebieten noch bremsen, die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus stabilisieren, die weit verstreute Bauforschung zusammenfassen, den Städten eine flexiblere Baugestaltung in den Stadtkernen ermöglichen und vor allem durch eine neue Sozialklausel die rechtliche Situation der Mieter weitgehend normalisieren und verbessern; und das gegen beträchtliche Widerstände. Das galt auch für die Wohnungszählung 1968, deren regional gegliederte Ergebnisse in diesem Jahr die Grundlage für ein umfassendes Wohnungsbauprogramm des Bundes und der Länder liefern sollen.

Ein Gesetzentwurf Lauritzens wurde das vorläufige Opfer des heran nahenden Bundestagswahlkampfes: das Städtebauförderungsgesetz, das "Lieblingskind" des Ministers, das durch den Widerstand der CDU gestoppt wurde. Die neue Bundesregierung hat inzwischen als erstes großes gesellschaftspolitisches Gesetz einen neuen, verbesserten Entwurf verabschiedet und dem Bundesrat vorgelegt. Dieses Gesetz wird einmal die bodenrechtlichen und finanziellen Grundlagen für die Erneuerung der Städte und Gemeinden bilden; der alte Kommunalpolitiker, der zu sein Lauritzen stolz ist, weiß nur zu gut, wie dringend diese Aufgabe angepackt werden muß und welchen Rang sie in der gesellschaftspolitischen Zielsetzung hat.

Lauritzen hat mit der finanziellen Absicherung eines langfristigen Wohnungsbauprogramms, mit der Entwicklung städtebaulicher Gedankenmodelle und in der weiteren Koordinierung der Bauforschung bis zu Großexperimenten ein gerüttelt Maß an Arbeit vor sich. Wir, die wir mit ihm zusammenarbeiten, wissen, daß ihn die neue Ziffer in seinem Lebensalter nicht "älter" werden läßt. Als Lauritzen vor der Bundestagswahl 150 Veranstaltungen bestritt und tagtäglich mehrere Diskussionsveranstaltungen von stundenlanger Dauer absolvierte, sagten seine jüngeren Mitarbeiter: "Wir wechseln uns ab, er macht's alleine." Das Wahlergebnis der schleswig-holsteinischen SPD, eine Zunahme von 4,8 Prozent, wäre ohne den Spitzenkandidaten Lauritz Lauritzen schwer denkbar gewesen. Solche Erfolge und Erfolge in seinem Ressort seien dem jungen Sechzigjährigen auch für die Zukunft gewünscht!

+ + +

Führungskrise der CDU in NRW ist schon chronisch

Kommt jetzt Professor Mikat?

Kr - Vor der Fernsehkamera präsentierten sie sich Ende letzter Woche in einem harmlosen Nebeneinander: der noch immer amtierende Spitzenkandidat der Union in Nordrhein-Westfalen, Dr. Wilhelm Lenz, der frühere parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium und seit Ende 1969 neue Vorsitzende des Landesverbands Rheinland der CDU, Heinrich Köppler, und der westfälische CDU-Vorsitzende Josef-Hermann Dufhues. Lenz versicherte, daß er nicht an einem Sessel klebe. Köppler lächelte dazu, und Dufhues interpretierte die schon chronische Führungskrise seiner Partei als "Zeichen einer lebendigen Parteidemokratie".

In Wahrheit verbarg sich hinter diesem Bild der manipulierten Eintracht das Dilemma zweier Landesverbände der Union, die mit mehr als 120.000 Mitgliedern die stärksten ihrer Partei überhaupt sind und trotzdem in den vergangenen drei Jahren keinen Weg fanden, einen Spitzenkandidaten aufzubauen. Dufhues war es, der einmal sagte, die CDU sei zum Regieren da. In der Tat: Seitdem sie von Ende 1966 ab in Nordrhein-Westfalen aus der Regierung verdrängt wurde, hat sie permanent durch viele Gefechte in den eigenen Reihen bewiesen, daß sie sich bisher noch nicht mit ihrer Oppositionsrolle im Düsseldorfer Landtag abfinden konnte.

Es begann jüngst damit, daß CDU-Landtagsfraktionschef Dr. Lenz einem Führungsgremium seiner Partei das von ihm in langer Wochen ausgearbeitete Wahlprogramm für 1970 vorlegte. Lenz war überrascht, als sein Programm unter Beschuß genommen wurde. Er stellte daraufhin die Vertrauensfrage und unterlag.

Obwohl Heinrich Köppler vorher erklärt hatte, er wolle sich erst dann als Spitzenkandidat zur Wahl stellen, wenn sein schon vorher umstrittener Parteifreund Lenz verzichten werde, trat Köppler nunmehr offen gegen Lenz an. Lenz verzichtete bisher nicht freiwillig. Am 21.1.1970 wird es zwischen ihr und Köppler auf einer gemeinsamen Delegiertentagung der beiden NRW-Landesverbände in Bochum zu einer Kampfabstimmung kommen.

Würde Lenz in Bochum abgelöst, wäre Köppler der dritte Kandidat, der von der CDU in den letzten drei Jahren gegen den unangefochtenen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn bei der Landtagswahl am 14. Juni 1970 anreden würde. Der Ende 1966 gestürzte Ministerpräsident Meyers mußte damals praktisch als erster die "Suppe auslöffen", bevor ihm Josef-Hermann Dufhues in der Rolle des "ersten Mannes" der Union in NRW folgte. Dufhues trat aus gesundheitlichen Gründen zurück. Im Februar 1969 wurde Lenz zum Nachfolger gewählt. Ende 1969 löst Köppler den langjährigen rheinischen CDU-Vorsitzenden Konrad Grundmann ab, und bereits vom Jahresbeginn 1970 an steuert er mit "Haken und Ösen" die Nachfolgeschafft von Lenz an. Köppler wehrt sich gegen die Unterstellung, ein beharrlicher Konservativer zu sein. Lenz hofft, daß ihm die Sozialausschüsse zur Hilfe eilen werden. Seit Ende vergangener Woche heißt es in Düsseldorf, eine Gruppe von CDU-Abgeordneten wolle den früheren NRW-Kultusminister Prof. Mikat als Spitzenkandidat vorschlagen, damit der Streit zwischen Lenz und Köppler bald beendet werde.

Ungelöste Wohlfahrtsprobleme in Amerika

Arme werden ärmer - Reiche werden reicher

Von Paul Neumüller, New York

Zurückblickend auf das verfllossene Jahr muß festgestellt werden, daß Amerika neben anderen innenpolitischen Sorgen auch das Wohlfahrtsproblem mit einer Bürde in die 70er Jahre hineingetragen hat.

Während bei uns schon seit Jahrzehnten auch den Armen das Existenzminimum gesetzlich zugestanden wird, sterben noch heute in Amerika arme Leute an Hunger. So jedenfalls ist es aus einem Aufruf der Nationalen Wohlfahrtsrecht-Organisation in Washington, der am Ende des Jahres 1969 in der NEW YORK TIMES erschien, zu entnehmen.

Der Ernst dieses Appells an die Öffentlichkeit und ebenfalls an Präsident Nixon gerichtet und die verantwortungsvollen Personen, die ihn verfaßt haben, lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß ihre Verlautbarungen den Tatsachen entsprechen. Die Veröffentlichung hat, in gekürzter Form ausgedrückt, folgenden Inhalt: "Amerikas Kinder verhungern und sterben an Unterernährung. Sie sind von Rachitis befallen und mangels Protein und Vitaminen geistig zurückgeblieben".

Das geschieht in dem schönen Amerika, in dem die Farmer vom Staat gut bezahlt werden, wenn sie ihre Felder unbestellt lassen, und in dem Lebensmittel in Unmengen für andere Länder gelagert werden. Die armen Kinder, die am Leben bleiben, aber in armen Familien einen harten täglichen Daseinskampf durchstehen, befinden sich ständig unter Alpträumen. Ihr Hauptinteresse ist die Sorge, etwas Essbares zu erhalten.

Präsident Nixon wird aufgefordert, einen Lebensmittel-Nothstandsplan einzusetzen und einen Krieg gegen den Hunger zu erklären. Was in Biafra geschieht, passiert auch in Amerika. Während der Kongreß beschlossen hat, mehr Geld für Lebensmittelgutscheine (der von Präsident Johnson bereits eingeführte "food-stamp-plan") auszugeben und freie Schulverpflegung für hungrige Kinder zu organisieren, wird dies nicht in die Tat umgesetzt. Der Wohlfahrtsplan von Nixon, einer 4köpfigen Familie ein jährliches Mindesteinkommen von \$ 1.600,- zu garantieren, verbessert wohl das gegenwärtige Fürsorgesystem in zahlreichen Einzelstaaten, läßt aber die Armen weiterhin im Elend verbleiben, zumal das

Bundesarbeitsministerium festgestellt hat, daß der Mindestbedarf für eine 4köpfige Familie jährlich \$ 5.500,- beträgt. Es handelt sich immerhin um 55 Mill. Amerikaner, die diesen Lebensstandard nicht erreichen.

Eine kürzlich stattgefundene Konferenz, die das Problem der Ernährung und Gesundheit behandelt und von 3.000 Erziehern, Beamten, Ärzten und Wohlfahrtsexperten besucht wurde, hat einstimmig einen Notstandsplan zur Linderung der Armut und zur Sicherstellung eines adäquaten Einkommens beschlossen. Trotzdem hat der Präsident diesen Vorschlag beiseitegelegt mit der Bemerkung: "Too much money (Zuviel Geld)."

Nach dem Stand vom Januar 1969 lebten über neun Millionen von der öffentlichen Wohlfahrt. Hierauf entfallen: 52 Prozent Kinder, 22 Prozent alte Leute, 1 Prozent Blinde, 8 Prozent Erwerbsunfähige, 15 Prozent uneheliche Kinderfürsorge, 2 Prozent Arbeitslose.

Die zusätzlichen Gelder, die für die Armen notwendig sind, brauchen keine Steuererhöhungen nach sich zu ziehen. Es sind genügend Steuerumgebungsvorschriften vorhanden, die beseitigt werden können und Milliarden von Dollars einbringen. Mehr Einkommen für Wohlfahrtsempfänger würde auch wieder an die Wirtschaft zurückfließen. Noch wichtiger ist die Feststellung, daß Milliarden von Dollars, die von Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, unnötig ausgegeben werden. Es wird nur an Vietnam erinnert, wo Zerstörungen stattfinden, anstatt Aufbau. Milliarden werden zur Unterstützung der Landwirtschaft ausgegeben und verschwendet. Größere Summen werden im Ölgeschäft an Steuern unterschlagen und Milliarden stehen für die Mondlandungen zur Verfügung. Dies alles ist sinnlos, wenn auf der anderen Seite noch nicht einmal genügend Geld für die Armen zur Verfügung steht. Abschließend wird in dem Aufruf gebeten, Telegramme an die Kongreßmänner und an den Präsidenten zu schicken und mitzuteilen, wie der verantwortungsbewußte Bürger zu diesem Problem steht.

Vielleicht sind die Ausführungen in einigen Teilen etwas überspitzt dargestellt, aber die Feststellung verbleibt trotzdem, daß das reiche Amerika in zahlreichen Fällen noch bittere Armut kennt, die bei uns schon lange ausgestorben ist.